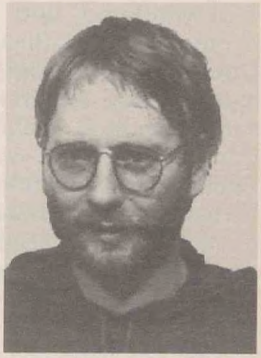
DIE STÜTZE

Journal *von* Behinderten *für* Behinderte und ihre Freunde

Liebe Leserinnen und Leser!

Seit 1979/80 gibt es in der Bundesrepublik eine emanzipatorische Behindertenbewegung, zu der ich mich zähle. Viele autonome Gruppen der Selbsthilfe Behinderter haben sich damals zusammengeschlossen. Bis heute haben diese Kräfte in ihren Städten – aber auch bundesweit durch phantasievolle, mutige Aktionen Zeichen und Erfolge gesetzt. Unsere Arbeit richtete sich stets gegen handfeste gesellschaftliche Diskriminierungen: Den Ausschluß aus dem öffentlichen Leben durch bauliche Barrieren und Heimunterbringung, den Ausschluß aus dem öffentlichen Personen-Nah- und Fern-Verkehr, aus Schulen, Kindergärten, Betrieben usw. Unsere Forderungen haben nach und nach Wirkung gezeigt, doch die Ziele sind noch lange nicht in Sicht. Unterdessen haben sich andere existentielle Bedrohungen ergeben. Mehr und mehr werden moderne Formen der Verhinderung und Vernichtung behinderten Lebens diskutiert: Die Legalisierung der Sterbehilfe für erwachsene Behinderte, gentechnologische Verfahren, die Euthanasie für behinderte Neugeborene. Gesetzlich erlaubt ist schon die Sterilisation schwer geistigbehinderter Menschen ohne deren Einwilligung und eine um 10 Wochen erweiterte eugenische Abtreibungsfrist. Behindertes Leben wird zunehmend entwertet. Der Kampf gegen diese Entwicklung ist ungeheuer schwer.



Lothar Sandfort

IN DIESEM HEFT:

- **Begegnungen** *Seiten 8–8*
- **Offene Worte** *Seiten 9–12*
- **Partnerschaft** *Seiten 15–18*
- **Recht** *Seiten 22–24*
- **Info** *Seiten 29–30*

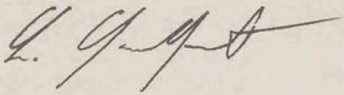
1. Jhg., Nr. 13/90
27. August 1990
Preis 1 DM
(Österreich 7 ÖS, Schweiz 0,90 sfr, Italien 700 Lire)

Zumal der ersten Generation der Bewegung langsam die Kräfte ausgehen.

Bewundernd und hoffnungsvoll richtet sich der Blick nach Osten. Über DIE STÜTZE und viele persönliche Kontakte erfahren wir vom Zusammenschluß behinderter Menschen in der DDR. Wir notieren aufmerksam die Bemühungen, einen Verband zu organisieren über die Grenzen einzelner Behindertengruppen hinweg, d. h. keine Zersplitterung nach Ursache und Auswirkung wie in der BRD. Wir notieren mit Besorgnis die Versuche westdeutscher Behindertenverbände, durch Zusammenschluß mit DDR-Gruppen ihr eigenes Süppchen anzuheizen.

Zu einer schweren Belastung für die neuen Behindertengruppen – so befürchten wir – wird sicher auch die notwendige Umstellung in der Beziehung zum Staat. Nach der Wende konnte Behindertenpolitik in der DDR in Zusammenarbeit mit dem Staat wirken. Spätestens nach der Vereinigung sind die West-Verhältnisse auch im Osten des Landes so dominierend, daß sich die Interessen der Regierungen in Bund und Ländern mit denen der Behinderten nicht mehr decken. Gerade selbstbestimmte, emanzipatorische Politik, die parteilich die Interessen behinderter Menschen vertritt, stößt aus verschiedenen Gründen in der Marktwirtschaft, auch in der SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT, auf Widerstand.

In der BRD sind viele Behinderte in einem zwar materiell gut ausgerüsteten, aber auch streng ausgrenzenden System der Sonderbehandlung systematisch um ihren Selbstbestimmungswillen gebracht worden. Ich hoffe sehr, daß diese Mechanismen durch Ihre Verbandsarbeit in Ihren Ländern, Städten und Gemeinden keine Chance haben, auch im Interesse der Behinderten in Westdeutschland. Wehren Sie sich gegen Sondereinrichtungen, Sozialabbau und Diskriminierungen – vielleicht gemeinsam mit uns. Ihr



(Lothar Sandfort arbeitet in verschiedenen Initiativen der westdeutschen Behindertenbewegung mit, so im Kölner „Zentrum für Selbstbestimmtes Leben". Hauptamtlich ist er Behindertenreferent der GRÜNEN im Bundestag.)

Impressum:

Verlag: Gesundheit GmbH (i. G.) Berlin, Neue Grünstraße 18, Berlin, 1020
Verlagsdirektor: OMR Dr. med. D. Künzel
Redaktion/Leserpost: Neue Grünstraße 18, Berlin, 1020
Herausgeber: Behindertenverband der DDR e.V.
Verantwortlicher Redakteur: Elvira Seifert
Redaktionsbeirat: Daniela Reinhold, Dr. Gabriele Hallof, Dörthe Kränke, Ralph Loell, Regina Reichert, Dr. Rudolf Turber, Marion Schulzke

Fotonachweis: Michael Klenner, R. Disselberger
Satz: deutsch türkischer fotosatz, Besselstraße 13, 1000 Berlin 61, Tel. (030) 251 06 28 / 29
Druck: Felgentreff und Goebel, Zossener Straße 55, 1000 Berlin 61
Registriert unter Nr. 1802 beim Ministerium für Medienpolitik der DDR
ISSN: 0863-4157
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 14. August 1990
Die **nächste Ausgabe** erscheint am 10. September 1990

Sollen Behinderte Bittsteller werden?

Offener Brief an Herrn de Maizière und Frau Dr. Hildebrand

Nachstehend offener Brief ist seit Tagen in den Händen der Adressanten. Dennoch erscheint uns die Problematik wichtig genug, ihn hier – etwas gekürzt – wiederzugeben. Wir erwarten, die Antwort an den Absender, Herrn Wolfhard Hausmann, Dipl. Mathematiker, 38 Jahre alt und Invalidenrenter, ebenfalls in unserer Zeitung veröffentlichen zu können.

Werter Herr Ministerpräsident de Maizière, Werte Frau Ministerin Dr. Hildebrand!

Ich bin schwer körperbehindert, lebe im Pflegeheim. Am 3. Juli habe ich erfahren, daß meine Rente um 155 D-Mark erhöht wird, aber gleichzeitig der davon an das Heim abzugebende Pflegesatz von 120 auf 335 D-Mark steigt (Volkskammerbeschluß vom 27. Juni 1990 „Sozialhilfegesetz!). Das bedeutet, daß ich ab sofort pro Monat 60,– Mark weniger zur Verfügung habe! (Und das soll, wie ich hörte, erst der Anfang sein!)

Wollen Sie zulassen, daß nun die Schwächsten am meisten zur Kasse gebeten werden, die Schwächsten, die nicht mit Streiks, Arbeits- und Tarifkämpfen ein höheres Einkommensniveau erringen können? Sind das die versprochenen sozialen Verbesserungen? Ist das der kommende Wohlstand für alle?

Sollen wir nun die zerrüttete Wirtschaft und den völligen Niedergang der (bisher schon schlechten) Strukturen bezahlen?

Ich bin durch unverschuldete Krankheit gelähmt und brauche fremde Hilfe rund um die Uhr, muß deswegen in einem Heim leben. Ja, es stimmt, ich bekomme im Heim neben der Pflege auch Essen, Heizung, warmes Wasser und mein Zimmer geputzt, und das läßt sich nicht mit 120 und auch nicht 335 D-Mark finanziell begleichen. Da müssen Zuschüsse aus dem Staatshaushalt kommen.

Soll das in Zukunft nicht mehr so sein? Werden wir an den Rand gedrängt?

In der Bundesrepublik kostet ein Heimplatz wohl bis zu 3500 D-Mark, und die dortigen Heiminsassen bekommen nur noch ein Taschengeld von 100 bis 140 D-Mark ausgezahlt. – Dabei können sogar noch die eigenen Verwandten zur Kasse gebeten werden! (Als ob eine Mutter schuldig werden würde, wenn sie ein behindertes Kind zur Welt bringt!)

Wird das in Zukunft auch auf uns zu kommen?

Ich bin kein alter Mann, der sich mit

einem Blick aus dem Fenster begnügt! Noch habe ich Ansprüche an das Leben! Ich möchte z. B. im Jahr ein- bis zweimal mit Freunden in Urlaub fahren. Dabei bin ich aber auf einen PKW (Kleinbus) angewiesen, und das kostet Geld, mehr Geld, als wenn ein anderer Mensch in Urlaub fährt!

Ich möchte mit Freunden einen Tagesausflug machen oder einfach mal einen anderen besuchen oder abends mal ins Kino, Theater oder zu einem Vortrag gehen, ohne Transportmittel geht das nicht! Ich kann nicht selbst schreiben und bin auf telefonische Kontakte zu meinen Angehörigen und Freunden angewiesen – auch das kostet Geld, und nun noch mehr als bisher! Ich möchte mir im Monat dieses und jenes kaufen, sei es ein Buch, sei es eine Tüte Nüsse...

Dies alles geht nicht mit 100 DM im Monat! Dazu braucht man eine nicht allzu geringe Rente, über die man frei verfügen kann!

Warum dieser Sozialabbau?

Sollte es sein, daß das bisherige Sozialsystem der DDR in einzelnen Punkten besser war als das Bundesdeutsche? Warum werden die positiven Seiten nicht beibehalten bzw. nicht übernommen? Wollen das die Politiker nicht? Ich bin ein gleichberechtigter Teil der Gesellschaft. – Oder sollte ich mich darin irren?

Sie wissen selbst, daß die Lebensqualität in einem Pflegeheim unvergleichlich schlechter ist als die eines einigermaßen gesunden, selbständigen Menschen in eigener Wohnung. Zudem wird jeder „Schritt", der aus dem Heim hinaus führt, unvergleichlich teurer (auch unvergleichlich wertvoller, wichtiger, nötiger!).

Vielleicht werden Sie mir versprechen, daß ich, in einigen Monaten oder Jahren, vom Sozialamt für bestimmte Dinge eine finanzielle Unterstützung bekommen werde. Dazu werde ich jedoch jeweils einen Antrag stellen müssen. – Und andere, fremde Menschen werden dann darüber entscheiden, ob und in welcher Höhe meinem Antrag entsprochen wird oder nicht.

Ich empfinde das als Entwürdigung und Bevormundung! Kein normaler Mensch stellt erst einen Antrag, bevor er 20, 50 oder 100 Mark aus der Geldbörse nimmt! – Aber mir wird dieses zugemutet!

Ich bitte Sie, in Ihre Überlegungen mit einzubeziehen, daß es nicht wenige Menschen gibt, die mit mir in ähnlicher und schlimmerer Lage sind, weil sie das Pech haben, in einem Pflegeheim leben zu müssen. (Und das kann durch Krankheit oder Unfall jedem Menschen passieren.) Auch im Sinne der vielen Menschen, die in der oft unmenschlichen Atmosphäre ihrer Heime meist sehr schnell zum Schweigen kamen (und noch kommen!) – soll das so weitergehen? – möchte ich meinen Brief verstanden wissen!

Deswegen fordern wir:

1. sofort:

a) höhere Renten, die nicht allein den höheren Lebensmittelpreisen entsprechen, sondern ebenfalls den steigenden Dienstleistungskosten,

b) höheres Pflegegeld, das es uns erlaubt, eigenen Interessen und Be-

dürfnissen nachzugehen und unser Leben selbständiger als bisher zu gestalten;
c) zusätzliche Heim- oder Pflegekosten sind durch Auszahlung höherer Renten oder Pflegegelder abzufangen, so daß für den einzelnen (auch vorübergehend!) keine finanziellen Verluste entstehen! („... keinem soll es schlechter gehen als bisher!").

2. mittelfristig:

Erhöhung des Pflegegeldes auf ein Niveau, das uns ein selbstbestimmtes Leben erlaubt!

3. längerfristig:

Anregung, Aufbau und Unterstützung unterschiedlicher integrativer Wohnmodelle für menschenwürdiges, individuelles und weitestgehend privates Wohnen hilfs- und pflegebedürftiger Menschen sowie Abkehr von der bisherigen Praxis der Aufbewahrung und Getthoisierung behinderter und alter Menschen in Heimen und Pflegeanstalten.

4. Wir fordern Sie dringend dazu auf, diese Programmatik als unverzichtbare Bedingung in den Einigungsvertrag mit der Bundesrepublik einzubringen.

Mit Grüßen **Wolfhard Hausmann,** Talstraße 16 a, Heim für Körperbehinderte, Kamenz, 8290.

Heimatmosphäre. Aufgenommen im Dauerpflegeheim für Mehrfachgeschädigte in Spremberg. Es ist Abend, alles versorgt, sauber, still, einsam auch in den Gemeinschaftsräumen ...

Jörg Fretter, Kassel

„Behinderte Studenten in Ost und West – Ein Erfahrungsaustausch"

... unter diesem Titel trafen sich vom 22. bis 24. Juni zumeist behinderte StudentINNen auf Einladung der Interessengemeinschaft behinderter und nichtbehinderter StudentINNen Berlin, im Westteil der Stadt. Nicht allein die derzeit fortschreitende Aufkaufpolitik der bundesdeutschen Regierung, oder Alltagsgemeinplatitüden irgendwelcher PolitikerINNen sollten die Szene der zwei Tage bestimmen, sondern die Erfahrungen behinderter StudentINNen aus zweierlei verschiedenen – wenn auch deutschen Staaten. Mit den diffusesten Vorstellungen über den/die jeweils anderen waren die TeilnehmerINNen aus dem gesamten Bundesgebiet der BRD und der DDR nach Berlin gekommen.

Zunächst waren dann doch „Verständigungsprobleme" angesagt, obwohl dies im allgemeinen Wortgetümmel dieser 30 anwesenden TeilnehmerINNen fast nicht bemerkt wurde. „Verständigungsprobleme" in erster Linie deshalb, weil die Unterschiedlichkeit der verwendeten Sprache, unterschiedliche Erfahrungen in den verschiedenen Ländern und unterschiedlich verwendete Begrifflichkeiten zunächst nicht geklärt wurden. Im Plenum und in den am Samstag Nachmittag stattgefundenen Arbeitsgruppen wurde dies u. a. an der Frage der Interessenvertretung der Forderungen behinderter StudentINNen besonders deutlich. Während VertreterINNen der an den Universitäten agierenden BRD-Interessengruppen behinderter StudentINNen, die Vorzüge ihrer Zusammenschlüsse betonten, die in den letzten Jahren großteils erfolgreich in die Hochschulpolitik eingebracht und tatsächliche Veränderungen erreicht haben; war bei den AktivistINNen des DDR-Behindertenverbandes der Wunsch nach einer starken, schlagfertigen Interessenvertretung aller Behinderten in ihrem Land zu finden. Mit einer eher diskussionshemmenden, an „Oberlehrer-Mentalität" grenzenden Art und Weise, wurde die Frage der Organisationsstrukturen debattiert: die StudentINNen aus der BRD verwiesen auf die Unfähigkeit der „großen Verbände", ihre Interessen an den Hochschulen angemessen zu vertreten.

Aus dieser Not und der dementsprechenden Notwendigkeit bildeten sich fast zwangsläufig Gruppen an den unterschiedlichen Hochschulen, die diese Defizitbereiche ausfüllen und sich für konkrete Verbesserungen einsetzen. Punktuell und oft Themen-abhängig arbeiten diese Initiativen bundesweit zusammen, oder suchen auch Koalitionen mit den „großen Verbänden". Die Ängste vor Vereinnahmung durch Letztere sind

nicht nur theoretischer, sondern ganz praktische Natur, so mußten und müssen die Interessengemeinschaften sehr hart und ausdauernd um ihre Anerkennung als Gesprächs- und VerhandlungspartnerINNen mit den Verwaltungen, etc. kämpfen. Das resultierende Mißtrauen gegenüber Verbandsstrukturen traf dabei auch den DDR-Behindertenverband und kollidierte mit den Interessen der DDR-StudentINNen. Statt sich über möglicherweise auch gemeinsam zu vertretende Ziele zu verständigen, die die unterschiedlichen Lebens- und Sichtweisen mit einschlossen, wurde die Organisationsfrage immer wieder neu thematisiert. „Welches ist der bessere Weg", diese Frage stand oft unausgesprochen hinter den unterschiedlichen Redebeiträgen.

Dem gegenüber stand denn auch die Position der behinderten StudentINNen aus der DDR, die nicht bereit waren, sich in der BRD gewonnene Erkenntnisse einfach überstülpen zu lassen und die für BRD-AktivistINNen fast ketzerisch anmutende Frage stellten, was die Zersplitterung der Interessenvertretung behinderter Menschen in der BRD denn tatsächlich an Erfolgen in den letzten Jahren gebracht habe. Die Frage, ob nicht nur durch eine starke Interessenvertretung eine starke Durchsetzungskraft erreicht würde, floß in den Widerspruch mit ein. Das in dieser Frage keine Übereinstimmung erreicht wurde und auch nicht erreicht werden konnte, war wohl symtomatisch für die erste Annäherung. Den „besseren Weg" gibt es nicht, so die

TeilnehmerINNen am Erfahrungsaustausch der StudentINNen aus Ost und West

Erkenntnis mancher TeilnehmerIN-Nen. Die 40jährige, nicht gleichförmig, sondern extrem unterschiedlich verlaufende Entwicklung zweier Länder macht auch vor der Frage nach Organisations- und Durchsetzungsstrukturen nicht halt.

Stellenweise war während der zwei vollen Tage eine Überwindung dieser „Verständigungsprobleme" zu beobachten und ein tatsächlicher Erfahrungsaustausch zu verzeichnen, der andere Einstellungen und Erfahrungen auf beiden Seiten akzeptierte. Dort war denn eine „Annäherung" zu verzeichnen, Verständigung möglich. Über alle Unterschiede hinweg scheint es notwendiger denn je, die Zusammenarbeit zwischen behinderten Menschen in der BRD und der DDR zu intensivieren, dies gilt auch für behinderte StudentINNen. Zu gewinnen haben beide Seiten, an Erfahrungen, an Kraft und dem Wissen um einander. Der Gefahr der Spaltung des DDR-Behindertenverbandes durch die behindertenpolitische Großmachtspolitik einiger „teils abgewirtschafteter" Vereine und Verbände der BRD haben wir auf beiden Seiten eine entschiedene Absage zu erteilen. Dies gilt gerade auch für autonome und unabhängige Gruppen in der BRD.

Der Versuch, die Situation behinderter Menschen in der DDR und in der BRD zu verbessern – denn beide haben es nötig – scheint möglich. Diskussionen, die über das Kopieren des jeweils anderen hinausgehen und die ein selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen auf beiden Seiten möglich machen, sind zu führen. Dazu gehört das Erkennen für die einen, daß die BRD nicht das vermeintliche Schlaraffenland ist, sondern eben auch mit seinem Sozialsystem die Deklassifizierung und Diskriminierung behinderter Menschen quasi als gesellschaftliches Prinzip eindeutig festschreibt (z. B. in der Pflegeabsicherung, der Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten), wie dies Gusti Steiner in seinem Referat über die Situation körperbehinderter Menschen in der BRD seit 45 eindrucksvoll deutlich machte. Aber auch für die anderen die Erkenntnis, daß das „Aufdrücken" von Positionen, der Übernahme der bundesrepublikanischen Strukturen eben nicht der Weisheit letzter Schluß ist. Eine Kooperation, eine partielle Zusammenarbeit mit dem DDR-Behindertenverband ist möglich und notwendig, sie muß eine echte Partnerschaft sein und dies bedeutet auch sich mit den Strukturen der DDR auseinanderzusetzen und das Beste beider Staaten zu übernehmen (z. B. die Behinderten-Rente).

Die West-Berliner Tagung war ein erster Schritt aufeinander zu. Ein erster Erfolg. Diesen Weg fortzusetzen muß das Ziel der Behindertenpolitik in Zukunft sein. Viele Fragen sind zu stellen, Antworten sind zu finden, die Diskussion muß intensiviert werden. Dies gilt auch für die StudentINNen. In diesem Sinne sollte es weitergehen.

(Der Autor ist Mitglied der Interessengemeinschaft behinderter Studenten in Kassel)

Dr. Ilja Seifert

Selbstbewußtsein ist nicht käuflich

Meine Aufgaben bringen es mit sich, daß ich häufig ausländische Gäste über den Behindertenverband zu informieren habe. Ob es nordamerikanische Professoren sind oder dänische Ministerialbeamte, ob ich in Wien mit dem einzigen rollstuhlfahrenden Abgeordneten des österreichischen Nationalrats (Parlament) oder mit dem Präsidenten des dortigen Behinderten-Dachverbandes rede, ob mir in Südtirol Behindertenwerkstätten gezeigt werden oder ob sich am Rande eines Weltkongresses für geistig Behinderte in Paris holländische, bundesrepublikanische, algerische, uruguayische oder französische Verbandsvorsitzende nach uns erkundigen – stets erregen einige Fakten, die ich aufzähle, ungläubiges Staunen. Allein, daß wir unsere STÜTZE 14täglich in einer Auflage von gegenwärtig 30.000 Exemplaren herausgeben, erscheint fast utopisch. Oder daß drei Mitglieder unseres Verbandes in der Volkskammer um die Interessenvertretung von Menschen mit Behinderungen und deren Angehörigen ringen – wer mag das für möglich halten, wenn er selbst seit Jahrzehnten vergeblich versucht, in seinem Lande eine „Lobby" für Behinderte zu etablieren? Und dazu vertreten ja auch in den Gemeinde-, Stadt- und Kreisparlamenten viele Verbandsmitglieder als Abgeordnete ihre (unsere) Interessen! Vor allem aber schufen wir uns mit und von der Basis aus selbst ein Instrument, mit dem wir unseren Erfordernissen auch in Zukunft kraftvoll Nachdruck verleihen können: den Behindertenverband!

Daß diese Entwicklung nicht nur mit Freude und Freundlichkeit registriert wird, ist kein großes Wunder. Ich nehme das zur Kenntnis, will es aber nicht überdramatisieren. Dennoch war es schon in der vergangenen STÜTZE unumgänglich, auf die zunehmende Aggressivität unserer Neider hinzuweisen.

Wir kommen nicht umhin, auch darüber offen zu sprechen, mit welchen Methoden man uns ans Leder will. Jetzt, da wir die schwierige Anfangsphase des Aufbaus einer Organisation in wesentlichen abgeschlossen haben, kommen einige von denen, die uns von Beginn an immer nur „Hilfe und Unterstützung" zusagten, mit ganz anderen Tönen. Information über derartige Aktivitäten erreichen mich aus Mecklenburg/Vorpommern (einen intakten Landesverband zu schlucken, wäre natürlich ein rechter Reibach!) ebenso wie aus den Räumen Leipzig und Cottbus, aus der Magdeburger und der Potsdamer Gegend, aus Thüringen, Dresden usw. Als Beispiel möchte ich an dieser Stelle einen langen Brief an mich vom 29.7.1990 zitieren, der sehr deutlich macht, worum es geht:

„Sehr geehrter Herr Dr. Seifert!

Heute wende ich mich mit einem Problem an Sie, das mich bereits seit einigen Wochen sehr beschäftigt.

Wie Ihnen ja bekannt ist, wurde in den letzten Monaten, ebenso wie in Berlin, auch in anderen Städten der DDR der Behindertenverband gegründet, so auch in Karl-Marx-Stadt. Der Karl-Marx-Städter Verband der Behinderten (VdB) hatte eine Geschäftsstelle mit eigenem Büro, es arbeiteten verschiedene Arbeitsgemeinschaften, u. a., die AG Öffentlichkeit, zu der ich gehörte.

Im Juni ist hier unsere erste Zeitung verteilt worden, die 2. Nummer befindet sich in Arbeit. Allerdings wird sie auch die Letzte sein. Der Grund dafür ist folgender: Im Vorstand gab es seit längerer Zeit heftigen Streit, ob unser Verband seine Eigenständigkeit bewahren oder in den VdK eingehen soll. Hinter dem Rücken der VdK-Gegner im Vorstand und erst recht hinter dem Rücken der Mitglieder des VdB wurde alles für den Übergang zum VdK getan. ‚Irrtümlich' wurde bereits die Adresse des VdK als Absender verwandt, ‚irrtümlich' meldete man sich in der Geschäftsstelle nicht mit VdB sondern mit VdK – und das, noch bevor in einer Mitgliederversammlung darüber abgestimmt wurde. Die Mitgliederversammlung wurde sehr kurzfristig einberufen, so daß weniger als die Hälfte der Mitglieder daran teilnehmen konnten. Zur Diskussion stand nur VdK oder VdB. Dabei muß darauf verwiesen werden, daß die Teilnehmer der Versammlung weder schriftliches Informationsmaterial als Diskussionsgrundlage zur Verfügung hatten, noch über die Existenz anderer Behindertenverbände oder Selbsthilfegruppen vom Vorstand in Kenntnis gesetzt wurde. Die Argumente der AG Öffentlichkeitsarbeit wurden mit teils recht fadenscheinigen Äußerungen abgeschmettert. Fakt ist nun, daß die Mehrheit der wenigen Teilnehmer für den VdK und gegen den VdB und auch gegen ein Nebeneinander der beiden Verbände stimmte. Wir, die Mitglieder der AG Öffentlichkeit haben aber kein Interesse daran, uns vom VdK schlucken zu lassen.

Zwei der Gründungsmitglieder des Karl-Marx-Städter VdB wurden vom Vorstand sogar vor die Tür gesetzt, da man Menschen, deren Kraft – aufgrund ihrer Behinderung – nur für zwei Stunden ausreicht, nicht im Vorstand gebrauchen könne. Kann ein Verband, der Menschen auf diese Weise ausgrenzt, wirklich ein Verband sein, der sich für die Interessen, für die Gleichberechtigung und Akzeptanz von Menschen mit Behinderungen in der Gesellschaft einsetzt? Das wage ich doch zu bezweifeln!!

Nun stellen sich für uns folgende Fragen:

1. Soll der Berliner Behindertenverband als Dachorganisation für die fünf Landesverbände auf dem Gebiet der heutigen DDR fungieren oder bleibt er selbst nur ein Landesverband?

2. Wie steht der Berliner Behindertenverband zu dem in Sachsen und wohl auch in Thüringen gegründeten VdK?

3. Wird der Berliner Verband auch zum VdK überwechseln oder bleibt er VdB?

4. Ist es ratsam, in Sachsen den VdB neu zu gründen?

5. Könnte uns der Berliner VdB bei einem eventuellen zweiten Start finanziell unterstützen?

Mit freundlichem Gruß
Marina Schmidt"

Zunächst einmal ist es mir ein Bedürfnis, der Absenderin für ihren mutigen und selbstbewußten Brief zu danken. Hier werden die Probleme beim Namen genannt. Hier fragen Freunde Freunde. Was kann es in unserer Bewegung, im Verband, auch in der STÜTZE besseres geben, als diese Atmosphäre des Vertrauens? Doch nun Antworten auf die konkreten Fragen:

1. Offenbar verschwiegen die Verantwortlichen in Karl-Marx-Stadt/Chemnitz sogar, daß es längst (seit Ostern) einen DDR-weiten Dachverband gibt, in dem der Berliner Behindertenverband Mitglied ist.

2. Der Dachverband ist eine freiwillige Organisation. Wer uns nicht beitreten will, den werden wir nicht nötigen. Seine Aktivitäten messen wir an den Ergebnissen im Interesse der Behindertenbewegung. Wer sich allerdings im wesentlichen darauf beschränkt, seine überalterte Mitgliedschaft durch „frisches Blut" neu zu beleben, das aus den Reihen derer gezapft wird, die in diesem Lande aufstanden und ihre Angelegenheiten in die eigenen Hände nahmen, der ist zumindest unser Konkurrent.

3. Der Berliner Behindertenverband ist – entgegen bewußter Verleumdung – Mitglied des Dachverbandes der DDR und in diesem sehr aktiv.

4. Ob in Sachsen ein neuer VdB gegründet werden kann, hängt von den örtlichen Bedingungen ab. In jedem Falle sollten die Freunde in Leipzig und Dresden konsultiert werden. Wenn es genügend Menschen mit Behinderungen, Angehörige und Freunde gibt, die das wollen, sollten sie keine Mühe scheuen.

5. Selbstverständlich wird der Dachverband jeden Versuch unterstützen, Organisationen aufzubauen, die mit uns gemeinsam gleiche Ziele verfolgen. Diese Unterstützung kann – im Rahmen unserer Möglichkeiten – finanzieller Art sein, wir können auch Erfahrungen vermitteln. Und nicht zuletzt steht DIE STÜTZE als Informationsblatt zur Verfügung.

Nun möchte ich ein Wort zu dem pseudodemokratischen Gebahren jener sagen, die ganze Behindertenverbands-Struktureinheiten (eigenständiger e. V.) bundesdeutschen Verbänden zuschieben. Wer kann denn verbindlich beschließen, daß nicht zwei oder mehrere Verbände nebeneinander existieren dürfen? Doch nur, wer für sich einen Alleinvertretungsanspruch reklamiert. Davon haben wir nach dem feudalsozialistischen Politregime – meine ich – die Nase voll. Und wer Kritiker mit fadenscheinigen „Argumenten" abwimmelt, erscheint mir eben-

sowenig Vertrauenserweckend wie diejenigen, die Menschen mit Behinderungen ob ihrer zeitlich eingeschränkten Leistungsfähigkeit diskriminieren. Daß bei Abstimmungen stets die Vorgaben und Informationen des Vorstandes (bzw. einzelner Personen) wichtig sind, weiß jeder. Insofern ist es schon wichtig, denjenigen genau auf die Finger zu schauen, die besonders „einleuchtende" Argumente für diesen oder jenen BRD-Verband haben. Ich weiß, daß gewählten Vorsitzenden oder Vorstandsmitgliedern „verlokkende" Offerten gemacht werden. Da wird weder mit lukrativen Posten noch mit Super-Rollstühlen oder anderen Hilfsmitteln gegeizt, da werden modernste Anrufbeantworter installiert und auch mal ein schickes Auto zur Verfügung gestellt, da gibt es Computer und Kopiergeräte und was weiß ich sonst noch. Ja, fast all das (bis auf die „Pöstchen") brauchen wir! Dringend sogar. Massenhaft. Aber nicht um den Preis der Selbstaufgabe! Für die „edlen und uneigennützigen Spender" sind das alles nur Glasperlen. So kaupelte man früher korrupten afrikanischen Häuptlingen „ihre" Stammesmitglieder ab, um sie mit Riesengewinn in die Sklaverei zu verkaufen. Nun droht zwar heute nicht mehr die nackte Sklaverei, aber die Riesengewinne winken genauso. Was ist wertvoller als wir?!

Aber: der Beitritt der DDR zur BRD steht unmittelbar bevor. Auch wir müssen uns auf die kommenden Gegebenheiten einstellen. Vielleicht müssen/können/werden wir uns noch vor dem nächsten Verbandstag zu einem **Behindertenverband in Deutschland (BVD)** mausern? Mit unserer basisdemokratischen Arbeitsweise unterscheiden wir uns nicht unwesentlich von VdK, Reichsbund und BAGH. Ich halte es durchaus für möglich, daß bisherige bundesrepublikanische Selbsthilfe- und andere Gruppen enger mit uns zusammenarbeiten möchten. Dafür sollten wir (ihnen) die Voraussetzungen schaffen, Möglichkeiten anbieten. Daß Lothar Sandfort das Editorial dieses Heftes schrieb, ist kein purer Zufall. Wir wollen uns doch gegenseitig kennenlernen.

Unter den Bedingungen der freien Konkurrenz hat jeder selbst zu entscheiden: geht er den bequemen Weg, sich von einem alteingesessenen, reichgesponserten Verband bürokratisch verwalten zu lassen – oder will er mit uns den dornenreichen Pfad des selbstbestimmten Lebens gehen? Unser Behindertenverband will und wird in Deutschland europäische und weltweite Erfahrungen der „Independent-living-Bewegung" einbringen und mit Sachverstand konsequent vertreten. In Sachfragen kooperieren wir mit jedem, der im jeweiligen Punkte ähnliche Ziele verfolgt. Aber wir lassen uns nicht den Stolz auf das nehmen, was wir uns – eben in konkreter freier Selbstbestimmung – gerade erkämpften: das gesunde Selbstbewußtsein des in eigener Sache Tätigen!

Gudrun Hesse

Behinderte auf dem Land stärker einbeziehen

Der ländliche Bereich bringt für die Behinderten und deren Angehörige erheblich mehr Probleme mit sich als in mittleren- und Großstädten. In Kleinstädten und Dörfern zu leben bedeutet in der Regel in der Familie zu leben, kaum Kontakte zu anderen Behinderten zu haben, denn gleiche Schädigungsarten treten seltener auf.

Unzureichend ist meist auch das Angebot medizinischer Versorgung sowie an allen Dienstleistungen, nur wenige besitzen einen Telefonanschluß, umso mehr architektonische Barrieren sind vorzufinden, rollstuhlfähige Kultur- und Versorgungseinrichtungen sind Zufall.

Von einem behindertengerechten Wohnen und Wohnumfeld kann keine Rede sein. Informationsverlust gibt es auf jeden Fall.

Die Arbeitsgruppe „Soziales auf ländlichem Gebiet" hat sich deshalb folgende Aufgaben gestellt:

1. Stärkere Einbeziehung der Kommunen und deren Ämter

2. Entwurf eines Fragespiegels, um die soziale Struktur auf dem Lande zu erkunden und exakte Daten zu besitzen, die Aufschluß geben über republikweite Differenzierungen.

Das betrifft solche Fragen wie

- Existiert eine arbeitsfähige Kreisstelle für Rehabilitation? (sind alle Behinderten nach Alter, Schädigungsgrad und sozialem Stand erfaßt?)
- Wie werden diese Behinderten betreut? (Familie, Volkssolidarität, Gemeindeschwester, Heimunterbringung, geschützte Werkstatt/ Wohnheim)
- Wie sieht das gesamte Umfeld mit Hilfeleistungen aus? (Wirtschafts- oder Haushaltshilfen, Essen- und Einkaufsversorgung, Dienstleistungen, Wächerei, Reinigung von Fenstern, Reparaturdienst
- Wohnverhältnisse (Ausstattungsgrad Telefon, Transportmöglichkeiten besonders für Rollstuhlfahrer u. a.)
- Versorgung der Kinder- und Jugendlichen
- Ferienwesen: Urlaubsgestaltung
- medizinische Versorgung und orthop. Heil- und Hilfsmittel
- existiert ein Kreisverband, bestehen Klubs oder Initiativgruppen? (neue soziale Dienste, Arbeiterwohlfahrt, Arbeitersamariterbund? Wie greifen sie in die Betreuung ein?, wie wird der Zivildienst eingesetzt?)
- Zahl der Arbeitslosen (zu erwartenden)
- existieren Behindertenvertretungen in Betrieben, Behindertenbeauftragte in den Kommunen und Kreisen?
- Meinungen, Vorschläge, kritische Hinweise zur Verbesserung der sozialen Lage

3. Erarbeitung von Vorschlägen zur Gestaltung in Auswertung der Fragebögen, um die Bedingungen auf dem Lande zu verbessern und damit das Leben zu erleichtern bzw. es zu ermöglichen
4. Förderung einer starken Zusammenarbeit aller Behinderten, Angehörigen und sozial engagierten Freunden durch Initiativgruppen, Klubs, und vielerorts schon arbeitender Kreisverbände
5. Förderung der Mobilität und Kommunikation durch starkes Angebot von Transportmöglichkeiten und Telefon, Ausschöpfung aller Massenmedien zur umfangreichen Information, um jeden Einzelnen an die Gemeinschaft heranzuführen (Verringerung der Kontaktarmut, Überwindung des Informationsverlust)

Liebe behinderten Freunde und deren Angehörige!

Für dieses Vorhaben bin ich dringend auf Hilfe aus allen Teilen der Republik angewiesen und suche deshalb aus jedem zukünftigen Land ein bis zwei aktive und interessierte Mitstreiter.

Alle Kreisverbände, Initiativgruppen und Klubs auf ländlichem Gebiet bitte ich um eine konstruktive Zusammenarbeit.

Alle zweckdienlichen Hinweise können Sie an meine Anschrift oder den Behindertenverband der DDR e. V. senden.

★

(Gudrun Hesse ist Vorstandsmitglied im Behindertenverband der DDR e. V., verantwortlich für die Arbeitsgruppe „Soziales auf ländlichem Gebiet") Anschrift: Ahornweg 2, Hettstedt 4270.

Künftig Verband für Rheuma-Kranke?

Wir haben die Absicht, die Deutsche Rheuma-Liga/Ost, Bezirksverband Berlin zu gründen.

Was wollen wir?

Wir wollen das Gleiche wie unsere Partner im Westen unserer Heimat. Wir bieten Rheuma-Kranken an, sich über Krankheit und Behandlung zu informieren, wir geben Hilfe zur Teilnahme am aktiven Leben und der Bewältigung persönlicher Probleme, zur Durchsetzung sozialer Rechte und der Sicherung von Arbeitsplätzen. Wir wollen, daß Sie selber etwas gegen die Krankheit tun, daß Sie ihre Beweglichkeit wieder verbessern und daß bei der Behandlung durch ihren Arzt erfolgreich mitarbeiten können.

Unser Programm könnte sein; unter Anleitung von Fachleuten Gruppengymnastik, Gelenkschutztraining, Übungen mit Funktionshilfen, Schmerzbewältigungstraining und Autogenes Training durchzuführen sowie Bastelgruppen zu organisieren. Viel Wert legen wir auch auf Gesprächsgruppen, denn wer über seine Probleme redet, kann sie auch besser bewältigen. Mitglied werden kann jeder Rheumakranke, sowie engagierte Bürger, die etwas für Rheumakranke tun wollen. Ein selbstgewählter Beitrag pro Jahr sollte für gemeinnützige Zwecke eingebracht werden.

Kontaktadresse: **Dietmar Graul,** postlagernd Mühlenbeck 1409

Elvira Seifert

Behinderte im Dienst für Behinderte

Wiener Fahrdienstzentrale sorgt für Mobilität

Behindertenverband knüpft Auslandskontakte. Unter dieser Überschrift informierte Anfang August eine ADN-Meldung über Verbindungen, die Dr. Ilja Seifert mit Behindertenverbänden in Österreich und Südtirol knüpfte. Alle, die wir mit von der Partie waren, erlebten einmal eindrucksvoll, wie selbst ein privater Kurzurlaub für besonders „Besessene" schnell zu einer interessanten Bildungsreise werden kann. Trotzdem sei hier nur am Rande das Treffen mit Helmut Schmid, dem Präsidenten des österreichischen Behindertenverbandes, erwähnt, von dem wir viel über den langen und sehr schwierigen Weg zum Dachverband erfuhren. Aus Platzgründen überspringe ich auch die Gespräche mit dem Abgeordneten der Grünen im österreichischen Nationalrat, Manfred Srb, bei denen es vor allem um parlamentarische Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenslage Behinderter ging, wobei keiner nur an sein Land dachte, und deshalb jeder an Erfahrungen reicher wurde. Es war ein Fachdisput in doppelter Hinsicht, denn beide Abgeordnete sind durch ihre Behinderung selbst auf den Rollstuhl angewiesen. Greifen wir also aus der Fülle der Begegnungen eine heraus, den Besuch „Club Handikap" im Zentrum von Wien.

Seit mehr als zehn Jahren besteht er schon, die Räume platzen fast aus den Nähten, denn „Club Handicap" entwickelte sich zum Dienstleistungsbetrieb für Behinderte und schuf gleichzeitig immer neue Arbeitsplätze für sie. „Club Handikap" ist nicht schlechthin eine Fahrdienstzentrale, sondern ***die*** Fahrdienstzentrale, durch die behinderte Menschen in Wien mobiler und unabhängiger wurden und die Möglichkeit erhielten, als gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft am Leben teilzunehmen. Wertvoll erscheint mir auch die Tatsache der Selbstverwaltung durch Menschen mit den verschiedensten Behinderungen. Sie helfen sich, indem sie anderen helfen.

Das Prinzip ist einfach, es ist ein Freizeit-Fahrdienst, bei dem die individuelle Hilfe jedes einzelnen Fahrgastes, je nach der Behinderung am Abhol- und Zielort, sowie die Abstimmung der Fahrzeuge mit Hilfsdienst gewährleistet ist.

Das Recht auf Inanspruchnahme des Freizeit-Fahrdienstes besteht dann, wenn vom Arzt bestätigt wird, daß der jeweilige Bürger kein öffentliches Verkehrsmittel benutzen kann. Ist das geschehen, wird dieser Bürger im Computer des „Clubs Handikap" erfaßt, bekommt von dort die nötigen Angaben und kann sich zu jederzeit innerhalb von Wien an jeden gewünschten Platz fahren lassen. Die Bezahlung erfolgt mittels Fahrtenbon. Dieser muß von dem Behinder-

ten zum Preis eines Straßenbahnfahrscheines gekauft werden. Denn „Club Handikap" vertritt von jeher den Standpunkt, daß behinderte Menschen für ihre Mobilität ebenso bezahlen sollen wie Nichtbehinderte, nicht mehr – aber auch nicht weniger!

Insgesamt eine tolle Sache, die sicher jeder gleich in seiner Stadt einführen möchte. Warum auch nicht, trotzdem wurde das auch in Wien nicht von einem Tag zum anderen erreicht, zumal die Differenz zwischen tatsächlichen und entrichteten Fahrpreis die Wiener Stadtväter finanzieren müssen und das jährlich mehr, denn es ist nur zu verständlich, daß immer mehr und immer öfter diese Dienstleistung in Anspruch genommen wird.

Aber könnte das nicht auch eine Aufgabe sein, für die es lohnt, sich bei uns einiges einfallen zu lassen? In den Schoß gelegt bekamen das auch die Menschen mit Behinderung in Wien nicht. Eigeninitiative war und ist immer gefragt. Wer mehr darüber erfahren will, kann sich an Ort und Stelle erkundigen, hier die Adresse: Club Handikap, Josef L. Neudhart, 1020 Wien, Taborstr. 58/1, Tel. 24 55 71 oder 26 51 38.

Und noch einen Tip. Wer einmal nach Wien fahren und möglichst gut behindertengerecht und preiswert übernachten will, der solle sich folgende Adresse merken: Ferienheim und Gästehaus der Schulbrüder, Anton-Böck-Gasse 20, PF 36, A-1215 Wien, Tel.: 0 222 39 2516/221. Sie finden die Anlage der Schulbrüder am nördlichen Stadtrand von Wien in Strebersdorf. Neben Einzel- und Doppelzimmer mit Dusche, oder Bad (Behindertengerecht) stehen auch Mehrbettzimmer zur Verfügung. Der Preis pro Bett und Nacht mit gutem Frühstück kostet umgerechnet etwa 30 DM.

Gerd Frank

Partnerschaft zwischen Wittenberg und Essen

Im Zuge der Vereinigung Deutschlands ist das Thema „Behinderte" in der Öffentlichkeit der BRD völlig untergegangen. Und wenn dann überhaupt die BRD-Medien die Situation behinderter Menschen in der „DDR" aufgreifen, kamen bisher nur negative Seiten zu Tage. Daß es auch anders geht, beweisen kleine Behindertenverbände aus der Lutherstadt Wittenberg und der Ruhrmetropole Essen: „INTEG-Essen", ein Jugendclub mit behinderten Menschen des Reichsbundes, nahm eine Partnerschaft auf.

Den Stein brachte INTEG-Essens 2. Vorsitzender, Gerd Frank (33) ins Rollen: zufällig entdeckte er einen Zeitungsaufruf der Wittenberger Lokalpresse zur Gründung eines Behindertenverbandes. Da dieser Aufruf sich wohltuend vom sonst üblichen Mitleidsklische der Medien abhob, sah sich Gerd Frank veranlaßt, mit Lutz Witteck, dem Initiator des Wittenberger Behindertenverbandes,

persönlich Kontakt aufzunehmen. Im Gespräch kamen viele Gemeinsamkeiten der Verbände zum Ausdruck, ebenso die Frage, wie ein Behindertenverband in Wittenberg effektiv arbeiten kann, weil dort alles im Umbruch ist. Genau hier setzt die Partnerschaft an: Information über die Sozialgesetze, die für Behinderte und ihre Angehörigen von Bedeutung sind, sowie über zuständige Behörden und Einrichtungen.

Wie wichtig diese Partnerschaft genommen wird, wurde auf der 10-Jahresfeier von INTEG-Essen deutlich: dort wurde ein Brief von Lutz Witteck verlesen, der begeistert von den über 50 Teilnehmern aufgenommen wurde. Spontan wurde beschlossen, einen Teil des Eintrittsgeldes als Finanzspritze dem Wittenberger Behindertenverband zukommen zu lassen. Auch zahlreiche Einzelpersonen und Ehrengäste schlossen sich dieser Aktion an. Eine Essener Bauchtanzgruppe verzichtete sogar auf ihre Gage, ebenso ein behinderter Musiker, die bei diesem Jubiläum mitwirkten. Die Geldübergabe wird voraussichtlich im September im Rahmen einer Begegnung stattfinden.

Nähere Informationen erteilt: Gerd Frank, Steinbrinkstr. 214, 4200 Oberhausen 11, Tel. (0208) 66 73 60

Regina Reichelt

Begegnungsstätte Het Timmerholt

Weltmeisterschaften und Spiele der Behinderten in Assen

„Hallo und Willkommen im Sportcamp! Das Camp-team und ich haben nur den einen Wunsch: Dieses Camp zu einem unvergeßlichen Erlebnis für jeden von Euch zu machen. Das Motto unserer Wochen ist ‚Sport sehen und Sport treiben'. Und deshalb wird es viel Zeit geben, die Spitzensportler in Aktion zu erleben und sich selber sportlich zu betätigen, natürlich in erholsamer und geselliger Atmosphäre."

So lautete die freundliche Einführung des jungen Campmanagers André Kasel ins verheißungsvolle Programm der Woche in Timmerholt, wo wir Schlachtenbummler aus fünf europäischen Ländern höchst komfortabel untergebracht waren.

Behinderte und nichtbehinderte Menschen waren zusammengekommen, um miteinander möglichst viel Spaß zu haben in dem rollstuhlgerechten und auf Integration ausgerichteten Lager. Ich habe mich schnell sehr wohl gefühlt dort, denn ich konnte mich selbständig bewegen im Gelände und im Bungalow.

Von den Weltmeisterschaften in Assen habe ich nur die Eröffnungsfeier erlebt und am nächsten Abend verschiedene Wettkämpfe in der Leichtathletik. Besonders beeindruckte mich dabei das Rollstuhlrennen. Gern hätte ich selbst einmal in einem solchen kleinen Flitzer gesessen und eine Runde gedreht.

Das Erholungsprogramm von Tim-

merholt bot uns so viel Abwechslung, daß es uns daran hinderte, ausreichend Zeit für die sportlichen Ereignisse und Höhepunkte von Assen zu erübrigen.

Unsere eigene sportliche Betätigung fanden wir in ausgewählten Sportarten wie Schwimmen, Rollstuhl-Tennis, Rollstuhl-Basketball, Sitzvolleyball, Bogenschießen und Kanufahren.

Da das Rollstuhl-Tanzen noch keine eigene Disziplin war, entschied ich mich zunächst einmal fürs Tennisspielen. Selten habe ich mich so köstlich amüsiert. Arg ins Schwitzen kamen allerdings unsere Assistenten, die die kleinen gelben Bälle immer wieder einfangen durften. An einem etwas kühleren Tag begeisterte ich mich dann noch für das Rollstuhl-Fußballspielen.

Unsere Gruppe besuchte am Sonntag im nahe gelegenen Westerbork einen Gottesdienst. Anschließend saßen wir mit Gemeindemitgliedern noch auf eine Tasse Kaffee zusammen. Wir wurden befragt über die Geschehnisse in unserem Land, und wir wollten gern wissen, wie niederländische Menschen sozial abgesichert sind. Wir erfuhren, daß jeder Holländer das Recht auf ein Minimaleinkommen hat, sei er nun arbeitslos oder alkoholkrank oder behindert. Außerdem gibt eine gesetzliche Pflegeversicherung, die es dem früher oder später Pflegebedürftigen ermöglicht, unabhängig seine Pflege zu organisieren und zu bezahlen.

Richtig nahe gekommen sind wir Teilnehmer des Camps uns dann bei einer Fahrt auf dem Waddenmeer, wo wir uns ja nicht so sehr aus dem Wege gehen konnten. Wir sangen miteinander, wobei es fast zu einem Wettstreit kam: Wer kennt die schönsten und längsten Seemanns- oder Schunkellieder und hat auch den Text parat? Wir hatten Liederbücher dabei und zwei Gitarren.

Einen Jahrmarkt besonderer Art konnten wir am Mittwochnachmittag erleben: weite Teile der Innenstadt waren in ein buntes Treiben einbezogen, in dem sich die Schau- und Kauflustigen tummelten. Da waren zahlreiche Stände mit alten und neuen Gewerken aufgebaut. Instrumentenbauer, Garnspinnerinnen, Töpfer, Maler, Drechsler, Klompenmacher oder Seifenhersteller zeigten ihr Können. Dazwischen waren immer wieder kleine Bühnen oder Plätze, auf denen Volkstänze oder eine Modenschau historischer Trachten der Provinz Drenthe dargeboten wurden; nicht zu vergessen die Rollstuhltanz-Vorführung der TänzerInnen aus Amstelveen und Emmen, die die Zuschauer ganz selbstverständlich mit einbezog.

Den Höhepunkt der Tage in Holland bildete für mich und sicher auch für die anderen Teilnehmer der Abschlußabend, die Grillparty im Camp. Unverwechselbare, humorvolle Beiträge wie selbstgedichtete Lieder, Sketche sowie nicht endenwollende Lobes- und Dankeshymnen an das Camp-team waren das Vorspiel der anschließenden vergnüglichen Tanzparty, bei der es keine Verständigungsschwierigkeiten oder Sprachbarrieren gab.

Bleiben wird mir ganz gewiß die Erinnerung an ein freundliches Land,

das behinderte Menschen selbstverständlich mit einbezieht, das durch hilfsreiche Gegebenheiten aller Art, bauliche und gedankliche Brücken ein gutes Miteinander schafft.

Eric – er gehörte zur englischen Delegation – drückte es in einem Brief an mich so aus: „Holland war nicht das Ende – sondern der Beginn von etwas ganz Besonderem. Wir alle haben so viele Namen und Adressen mitnehmen können – wir können mit Menschen in ganz Europa sprechen. Wunderbar."

Daniela Reinhold

Wo die STÜTZE verpackt wird...

Probleme in den geschützten Werkstätten in der Berliner Ifflandstraße / aber die STÜTZE kann nicht alles lösen

Seit September 1987 gibt es auch in der Berliner Ifflandstr. 11 eine geschützte Werkstatt des Gesundheitswesen. Sie entstand aus einer Tagesstätte für förderungsfähige Jugendliche auf Grund der Erfahrung, daß für viele eine Weiterbetreuung nach dem 18. Lebensjahr nützlich wäre und so manche Fähigkeiten und Fertigkeiten durch eine kontinuierliche Forderung in der Arbeit stabilisiert und entwickelt werden könnten. Doch von vornherein war damals klar, daß das Haus selbst aufgrund seiner baulichen Anlage niemals für einen direkten Werkstattbetrieb mit eventuellen Maschinen oder einem Transport von Teilen in Frage kam, denn ein Fahrstuhl fehlt, die Räume haben weitgehend Zimmercharakter. Doch war dies zunächst auch nicht unbedingt erforderlich, denn ein Großteil der hier betreuten 76 Rehabilitanten, intelligenz- und mehrfachgeschädigte bzw. psychisch kranke und verhaltensauffällige, ging für 4 bis 6 Arbeitsstunden in die Betriebe. Dies gab ihnen die Möglichkeit, weit stärker als sonst in das „normale" Leben integriert zu werden und es gab der Einrichtung die Möglichkeit, in den verbleibenden Stunden ein intensives Freizeitangebot zu gestalten, das Sport, Handarbeiten, Musik, Theater- und Kinobesuche einschloß. Im Hause selbst arbeiteten nur leistungsschwächere und verhaltensproblematische Rehabilitanten, für die die jeweiligen Aufgaben ins Haus lieferbar waren.

Doch mit der Wende im gesamten Land veränderte sich auch diese Situation grundlegend. Eine Arbeit im Betrieb ist so gut wie nicht mehr möglich. Die Verträge sind entweder ausgesetzt oder gekündigt und dies liegt, so meint die Leiterin der Einrichtung, Frau Schippan, weniger am Willen der Betriebe als an der Gesamtsituation: Die Auftragslage ist

unregelmäßig, das wenige, was anfällt, wird zunächst den von Entlassung bedrohten oder bereits in Kurzarbeit befindlichen Beschäftigen übertragen. Die Rehabilitanten bleiben in diesem wirtschaftlichen Überlebenskampf vor der Tür.

Die Folgen für die Betreuung der Geschädigten sind inzwischen bereits spürbar. In der Regel können sie nur noch irgendwie beschäftigt werden, mit Spielen oder Tätigkeiten, die eine Unterforderung darstellen. Und daß sie nun plötzlich nicht mehr gebraucht werden, wo sie doch immer gut gearbeitet haben, ist vielen nicht zu erklären. Die oftmals notwendigen Gleichmäßigkeiten im Ablauf sind gestört, Angelerntes geht durch fehlende Kontinuität verloren, aufgebaute Motivationen, Stolz, das Gefühl, mit der Umwelt verbunden zu sein, werden untergraben, Verunsicherung macht sich breit.

Inzwischen hat sich die Leitung aber auf die Suche nach Ausgleich begeben. Saisonbedingte Tätigkeiten in der Stadtwirtschaft sind möglich. Man hofft auf den Dienstleistungsbereich, träumt davon, sich in Zusammenarbeit mit einer Westberliner Paralleleinrichtung ein Imbißgeschäft aufzubauen, eine hervorragende Chance, um wenigstens einen

Die Rehabilitanten beim Verpacken der „STÜTZE"

Teil der Rehabilitanten der Gleichförmigkeit und Isolation zu entziehen. Ende August soll es auch die Möglichkeit zum Sortieren und Verpacken von Bohrern geben. Und in diesem Zusammenhang bringt auch der Versand der STÜTZE eine gewisse Entlastung. 8 bis 10 Rehabilitanten sind hier zweimal im Monat für eine Woche mit stempeln, Karten einlegen, zählen, eintüten, Adressen aufkleben, Pakete packen und anderem mehr beschäftigt. Das ganze Haus liegt voll mit STÜTZEN, und daß der Versand in den letzten Monaten nicht regelmäßig erfolgte – am Engagement in der Ifflandstraße lag das nicht.

Doch all diese Bemühungen um Abhilfe stoßen auf Grenzen. Viele Verträge, die möglich wären, scheitern, weil die Bedingungen der Westberliner Werkstättenverordnung nicht erfüllt werden. Ein Umbau des Gebäudes, wenn er überhaupt finanziell möglich ist, braucht Zeit, ein Umzug, zum Beispiel in eine Kinderkombination oder in ein anderes geeignetes Haus steht in den Sternen. Geschütze Werkstätten der bisher hier praktizierten Art kennt die Bundesrepublik nicht, dort sind intakte Werkstattbetriebsräume Voraussetzung einer Anerkennung, der Geschädigte ist eine ökonomisch berechnete Arbeitskraft, Freizeitbetreuung über die Arbeit hinaus findet kaum statt.

So empfiehlt die Bundesanstalt für Arbeit, die vorhandenen Möglichkeiten für einen auch dort bekannten sogenannten Arbeitstrainingsbereich zu nutzen. Hier könnten Rehabilitanten im Laufe von zwei Jahren eine berufliche Ausbildung erhalten. Doch: Die meisten in der Ifflandstraße haben ja bereits erlernte Fertigkeiten, die genutzt werden wollen, und sie haben – auch krankheitsbedingt – wenig Verständnis dafür, nun wieder beim Punkt Null anzufangen. Und wenn wenigstens bekannt wäre, was da trainiert werden soll, außer ganz allgemeinen Hauswirtschafts- oder Sortierarbeiten. Dafür aber fehlt die Konzeption, weil ja nicht klar ist, wie und wann das Gebäude mal zu einer richtigen Werkstatt umgestaltet werden kann. Notwendig wäre darüber hinaus ein Angebot an qualifizierten Tätigkeiten, weil nun auch viele, die bisher auf einzelnen geschützten Plätzen in den Betrieben arbeiteten, in die Werkstätten des Gesundheitswesen kommen.

Die Werkstätten stecken also in einer paradoxen Situation. Sie sollen sich ändern, aber für das Ändern fehlen allerorten Mittel und Konzeptionen. Und es fehlt vor allem die Zeit für Übergangslösungen, denn am besten übermorgen soll all das, was in der BRD in Jahren und Jahrzehnten gewachsen ist, auf dem Gebiet der DDR funktionieren. Die humanitären Bedürfnisse der Geschädigten heute und jetzt aber bleiben dabei auf der Strecke. Und so ist auch das Verpacken der STÜTZE nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Jörg-Michael Schulze

Der Kündigungsschutz im Schwerbehindertengesetz

Die einzuhaltenden Rechtswege im Überblick

Der Kündigungsschutz im Schwerbehindertengesetz (§§ 15–22; Gesetzestext in STÜTZE 10/90) umfaßt im wesentlichen folgende Tatbestände:
1. die Erfordernisse der Zustimmung,
2. das Kündigungsverfahren,
3. die Entscheidung der Hauptfürsorgestelle,
4. Einschränkungen der Ermessensentscheidungen,
5. fristlose Kündigung,
6. Rechtsmittel.

Beabsichtigt der Arbeitgeber, das Arbeitsverhältnis eines Schwerbehinderten in seinem Unternehmen zu kündigen, hat er die vorherige **Zustimmung der Hauptfürsorgestelle** einzuholen (§ 15 SchwbG). Bis zur Bildung der Hauptfürsorgestellen nehmen die für den Stadtbezirk bzw. Landkreis zuständigen Arbeitsämter deren Aufgaben wahr, soweit es um den Kündigungsschutz geht (§ 70, Abs. 2 SchwbG). Liegt diese vom Arbeitgeber schriftlich zu beantragende Zustimmung vor, kann der Arbeitgeber kündigen, wobei die einzuhaltende **Kündigungsfrist vier Wochen** beträgt (§ 16 SchwbG). Sollte der Arbeitgeber die Schwerbehinderteneigenschaft zur Zeit der Kündigung nicht kennen, so hat der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber seine bereits festgestellte oder zur Feststellung beantragte Schwerbehinderteneigenschaft mitzuteilen (Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 16.1.1985).

Die Hauptfürsorgestelle bzw. gegenwärtig noch das Arbeitsamt haben in jeder Lage des Verfahrens auf eine **gütliche Einigung** hinzuwirken. Innerhalb eines Monats soll die Entscheidung über die Kündigung getroffen werden, nachdem Hauptfürsorgestelle bzw. Arbeitsamt zuvor eine **Stellungsnahme vom Arbeitsamt** (entfällt, solange das Arbeitsamt die Aufgaben der Hauptfürsorgestelle wahrnimmt), **vom Betriebsrat bzw. Personalrat** – und wenn nicht vorhanden von der BGL –, **von der** sich bildenden **Schwerbehindertenvertretung** eingeholt und eine **Anhörung des betroffenen Schwerbehinderten** durchgeführt hat (§ 17 SchwbG).

Die **Entscheidung der Hauptfürsorgestelle** bzw. des Arbeitsamts soll erforderlichenfalls auf der Grundlage einer mündlichen Verhandlung erfolgen (18 SchwbG). Dabei sind
1. das öffentliche Interesse an der Eingliederung der Schwerbehinderten in das Arbeitsleben,
2. das Interesse des betroffenen Schwerbehinderten an der Erhaltung seines Arbeitsplatzes und

3. die Interessen des Arbeitsgeber an einer optimalen Wirtschaftlichkeit seines Unternehmens zu beachten.

Zwingende Einschränkungen der Ermessensentscheidungen, die die Hauptfürsorgestelle damit zu treffen hat, regelt § 19, Abs. 1 des Schwerbehindertengesetzes, während der Abs. 2 in einer „Soll"-Vorschrift die Erteilung der **Zustimmung** gebietet, **„wenn dem Schwerbehinderten ein anderer angemessener und zumutbarer Arbeitsplatz" gesichert ist.** Da Angemessenheit und Zumutbarkeit im Schwerbehindertengesetz keine Definition erfahren, können diese Begriffe in ihrer Bedeutung nur aus der bisherigen Rechtssprechung abgeleitet werden. Insofern ist die Zustimmung zur beantragten Kündigung in der Regel zu erteilen, wenn die im § 19 genannten Voraussetzungen vorliegen und besondere Tatbestände nicht erkennbar sind, die eine Versagung der Zustimmung rechtfertigen. Der Arbeitsplatz sollte zuerst im eigenen und – wenn nicht vorzufinden – in einem anderen Betrieb gesucht werden.

Die **Besonderheiten bei einer „fristlosen Kündigung"** regelt § 21 das Schwerbehindertengesetzes, wobei die inhaltlichen und prozessualen Vorschriften des Verfahrens mit Ausnahme der Kündigungsfristen verkürzen und der Kündigung zugestimmt werden soll, „wenn die Kündigung aus einem Grunde erfolgt, der nicht in Zusammenhang mit der Behinderung steht" (§ 21, Abs. 4 SchwbG).

Im bisherigen erschien der Schwerbehinderte mit einer Ausnahme (seiner Anhörung nach § 17, Abs. 2, Satz 2 SchwbG) als passiver Partner. Nun geht es darum, wann und wie er aktiv werden, **Rechtsmittel** einsetzen kann. Die Entscheidung der Hauptfürsorgestelle bzw. gegenwärtig des Arbeitsamtes erweist sich dem Rechtscharakter nach als eine Verwaltungsentscheidung. Erteilt also eine solche Dienststelle die Zustimmung der Kündigung und ist der betroffene Schwerbehinderte damit nicht einverstanden, hat er eine **Beschwerde bei der Hauptfürsorgestelle bzw. beim Arbeitsamt** schriftlich und innerhalb von zwei Wochen einzulegen. Diese hat aber keine aufschiebende Wirkung, was bedeutet, daß die Zustimmung weiterhin wirksam bleibt bis der Beschwerde durch eine befugte Dienststelle stattgegeben wurde. Bleiben Hauptfürsorgestelle bzw. Arbeitsamt bei der Entscheidung, so haben sie die Beschwerde an ihre übergeordnete Dienststelle zur entgültigen Entscheidung weiterzuleiten. Wenn auch diese der Beschwerde nicht abhilft, hat sie dem beschwerdeführenden Schwerbehinderten eine schriftliche Entscheidung mit Versagungsgründen und Rechtsmittelbelehrung zuzustellen. Danach kann der Betroffene noch innerhalb eines Monats nach Zustellung der Entscheidung einen **Antrag auf Nachprüfung beim zuständigen Stadtbezirks- oder Kreisgericht** stellen (§ 40 SchwbG; § 6, Abs. 1 des Gesetzes über die Zuständigkeit und das Verfahren der Gerichte zur Nachprüfung von Verwaltungsentscheidungen – GNV – vom 29.6.1990, in: GBl. I, Nr. 41, S.

595ff.). Selbstverständlich kann auch der Arbeitgeber dieses Beschwerdeverfahren und den Verwaltungsgerichtsweg beim Versagen der Zustimmung zur Kündigung beschreiten.

Über diesen im Schwerbehindertengesetz geregelten Kündigungsschutz hinaus besteht noch der **Arbeitsgerichtsweg,** nämlich dann, wenn der Arbeitgeber ohne vorherige Zustimmung der Hauptfürsorgestelle bzw. des Arbeitsamts kündigt. In diesem Falle hat der Arbeitnehmer eine Klage zu erheben, in der er feststellen läßt, daß das Arbeitsverhältnis fortbesteht, weil die Zustimmung der oben genannten Dienststelle fehlt.

Schließlich besteht für den Schwerbehinderten noch die Möglichkeit, gegen eine Kündigung des Arbeitgebers, bei der die Zustimmung der Hauptfürsorgestelle/des Arbeitsamts vorliegt, vorzugehen, indem er eine **Klage bei der Schiedsstelle für Arbeitsrecht des Betriebes** innerhalb von drei Wochen nach Zugang der Kündigung mit der Begründung einreicht, daß die Kündigung sozial ungerechtfertigt ist (§§ 1 und 4 des Kündigungsschutzgesetzes). Wurde noch keine Schiedsstelle gebildet, muß die zuständige Kammer für Arbeitsrecht angerufen werden.

Anm. der Red.: *In STÜTZE 10/90 schrieb die Ministerin für Arbeit und Soziales der DDR, Dr. Regine Hildebrandt: „Ich habe alle Arbeitsämter angewiesen, der Kündigung von Behinderten nicht zuzustimmen." Auf diese Aussage sollten wir uns auch in jedem Einzelfall berufen, solange es diese DDR, ihre Regierung und ihre Gesetze gibt.*

Gesetze, die mit der D-Mark kommen

Seit dem 1. Juli kam nicht nur die D-Mark, sondern ein ganzes Paket neuer Gesetze und Verordnungen. Hatten die Volkskammerabgeordneten schon bei der Verabschiedung des Staatsvertrages und der damit verbundenen Übernahme von 32 gesetzlichen Regelungen der BRD ihre liebe Müh, dem Durch- und Überblick zu behalten, so fällt das den Bürgern nun nicht minder leicht.

Der Staatsverlag nahm in Voraussicht dieser Situation schon frühzeitig gemeinsam mit dem Freiburger Haufe Verlag eine dreibändige Textausgabe in Angriff. Die drei Broschüren befassen sich jeweils mit einem Teil der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Für das Gros der Bürger dürfte das dritte Buch zur Sozialunion am interessantesten sein. Mit den darin abgedruckten Rechtsvorschriften kommt wohl jeder in der einen oder anderen Form in Berührung: Mitbestimmungsgesetz, Betriebsverfassungsgesetz, Tarifvertragsgesetz, Kündigungsschutzgesetz.

Klaus Morgenstern

Werner Klier

Thomas – begabter Mundmaler stellt in Bad Elster seine Werke vor

Über die große „Heerstraße" – Autobahn Chemnitz/Hof/Nürnberg – zieht seit Wochen eine aus dem Sächsischen kommende Autokarawane. Sie zählt täglich nach Tausenden Fahrzeugen und ergießt sich ins Fränkische. Dort kaufen die Sachsen bei Aldi, Hertie oder Quelle wohlfeiler ein als im heimischen Konsum.

In der Nähe des Karawanenweges liegt das weltbekannte Bad Elster. Dort unterhält der Kulturbund eine „Kleine Galerie" im Foyer des Sanatoriums. Vom 11. August bis 23. September werden dort Bilder eines außergewöhnlichen jungen Künstlers ausgestellt. Etwa 60 Werke des querschnittsgelähmten Mundmalers Thomas Kahlau aus Potsdam-Babelsberg – Ölgemälde, Mischtechnik, Aquarell- und Kohlezeichnungen – kommen in diese Präsentation, die von der Chemnitzer Bezirksfilmdirektion initiiert wurde.

Im Rahmen der Chemnitzer Dokumentarfilmwoche des ereignisreichen Herbstes 1989 gelangte der FIlm von Gitta Nickel und Wolfgang Schwarze „Den Wind auf der Haut spüren" im Bezirk zur DDR-Premiere. Bekanntlich erzählt der Streifen die Geschichte des Behinderten und seiner Familie. Aus diesen Tagen resultiert die Freundschaft der Familie Kahlau zu den Kinoleuten des Südbezirkes.

Thomas Kahlau hatte im Sommer 1976 durch einen Badeunfall eine hochsitzende Querschnittslähmung erlitten und ist seitdem an allen vier Extremitäten gelähmt, an den Rollstuhl gefesselt. Nach seiner Rehabilitation baute Vater Bernd für seinen Sohn allerhand Mundwerzeuge, denn nur damit kann Thomas arbeiten. Um für ihren Jungen tagsüber da zu sein, arbeitete Mutter Christa 12 Jahre im Nachtdienst als Schwester in einer Wochenkrippe.

Nicht genug damit, daß Thomas – betreut von Herbert Sander, einem Maler und Grafiker aus Kleinmachnow – die Kunst des Malens so weit perfektioniert hat, daß er seit ein paar Jahren Stipendiat des Verbandes der Mund- und Fußmalenden Künstler in aller Welt, e. V., Sitz Fürstentum Liechtenstein, ist. Er beherrscht auch seinen Computer, bemüht sich um den Potsdamer Rollstuhlfahrerklub, hat die Schriftzeichen des Japanischen studiert und erwarb sich die Berufszulassung als Sprachmittler.

Dieser Tage erst kam in der Edition des Kinderbuchverlages der DDR das von Thomas ins Deutsche übertragene japanische Märchen „Die Puppe" auf den Büchermarkt. Die Botschaft, die Thomas mit seinen Zeichnungen und Bildern vor allem auch den gesunden Zeitgenossen bringt, ist Mut und Liebe zum Leben,

zur Natur und zum Nächsten und die unbändige Freude, auch die kleinen Wunder dieser Erde zu empfinden, zu genießen und zu beschützen.

Dank der Fürsprache des Chemnitzer Regierungsbezirkes, der Schirmherrschaft des Chefarztes vom Staatsbad Elster, Dr. Kaiser, der Mithilfe der Evangelischen Kirchengemeinde, vor allem aber des Kreisfilmstellenleiters Steffen Puchta, der Kreiskulturkabinetts-Leiterin Claudia Dittrich und des Kulturbundsekretärs Ulli Englert – alle Oelsnitz/V. – konnte diese Benefizausstellung Wirklichkeit werden. Unterstützt wurden die Enthusiasten aus dem Vogtländischen durch das Grafikerehepaar Joachim und Renate Rieß aus Chemnitz, die die Gestaltung der Schau und das Layout eines kleinen Projektes übernahmen.

Zur Ausstellungseröffnung am 11. August, kam der Gitta-Nickel-Film in den „Kurlichtspielen" Bad Elster und auch als Video im Sanatorium zur Wiederaufführung.

(aus „ND" vom 8.8.90)

Ich könnte schon Millionär sein ...

Eigentlich könnte ich schon Millionär sein, mehrfacher sogar. Ein Mann, den alle beneiden. Was ich da täglich für Angebote kriege, ganze Wäschekörbe voll im Briefkasten. Einen Teil des Regenwaldes scheint man nur meinetwegen abzuholzen für das viele Papier. Wer mir alles schreibt, Lotterien, Versicherungen, Kaufhausketten, Banken, Unternehmensberater – einer hat mir sogar einen Glückspfennig als Startkapital beigelegt –, Bestattungsunternehmen und, und, und. Und was für Chancen und Möglichkeiten. Mein eigener Chef kann ich werden, die Reise meines Lebens machen, mit einem Schlag reich werden, mein Traumauto gewinnen.

Und die Angebote, total seriös, völlig uneigennützig, solide und gut gemeint. Wirklich, ganz rührend. Ich weiß gar nicht, woher die mich so gut kennen bei den großen Firmen. Schreiben sie mir doch ganz persönlich, mit vollem Namen und Adresse.

Und was das Beste ist bei allen Angeboten: Keinen Finger brauche ich zu rühren, jedenfalls so gut wie keinen. Nur eine kleine Unterschrift, ein Kreuzchen hier, ein Kreuzchen dort. Und schon wird man Millionär. So einfach ist das. Ich frag mich nur, weshalb ich es immer noch nicht bin.

Adi

Bruno Schreiber

Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte

Die Redaktion beabsichtigt in den folgenden Ausgaben eine Reihe von Vereinigungen behinderter Menschen in der Bundesrepublik vorzustellen, die in der Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte zusammengeschlossen sind. Wir beginnen heute mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte/ BAGH. Adresse: D-4000 Düsseldorf 1, Kirchfeldstraße 149, 1. Vorsitzender ist Dr. Hans Aengenendt.

In der BAGH arbeiten insgesamt 62 Verbände behinderter Menschen zusammen. Die Bundesarbeitsgemeinschaft entwickelte in den letzten Jahren zahlreiche Aktivitäten, um der zunehmenden Verschlechterung der Beschäftigungsperspektiven behinderter Menschen entgegenzuwirken und die Eingliederungschancen Schwerbehinderter zu verbessern. Sie engagiert sich für die Verbesserung der Sozialpolitik für behinderte Menschen auf europäischer Ebene und ist selbst Mitglied der Europäischen Behindertenaktion. Die BAGH wandte sich entschieden gegen die mit der Gesundheitsreform in der BRD erkennbaren Leistungseinschränkungen und zusätzlichen Belastungen der Versicherten, da die Kostendämpfungs- und Strukturmaßnahmen des Gesundheitsreformgesetzes häufig weitere Belastungen behinderter Menschen mit sich brachten. Sie trat und tritt für eine Verbesserung der Qualität der Versorgung behinderter bzw. chronisch kranker Menschen ein und versuchte, entsprechend auf politische Entscheidungsträger, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und meinungsbildende Einrichtungen einzuwirken. Hinzu kommt die Beratungs- und Informationstätigkeit zu vielfältigen Fragen. Eng ist die Zusammenarbeit mit den verschiedensten Selbsthilfegruppen, mit den Werkstätten für Behinderte u. a. m.

Auf Bundesebene ist die BAGH in solchen Spitzengremien vertreten, die die berufliche Rehabilitation und Eingliederung Behinderter fördern sollen, wie dem Beratenden Ausschuß für Behinderte bei der Bundesanstalt für Arbeit, im Beirat für die Rehabilitation Behinderter beim Bundesarbeitsministerium und im Ausschuß für Behinderte beim Bundesinstitut für Berufsbildung.

Verdienstvoll sind die Aktivitäten der BAGH bei der Förderung integrativ arbeitender Bildungseinrichtungen im Zusammenwirken mit den einzelnen Mitgliedsverbänden ebenso wie ihre Bemühungen für eine Umwelt ohne Barrieren.

Unterschiedliche Auffassungen zeigten sich bisher in Strukturfragen, die einerseits die Vielfalt der einzelnen Mitgliedsverbände wi-

derspiegeln, andererseits noch ungelöste Oragnisationsstrukturen, wobei sich für konträre Meinungen auf den verschiedenen Seiten gute Gründe finden. Auch erfordert der zahlenmäßige Anstieg der Mitglieder in den einzelnen Verbänden nicht selten Satzungsänderungen und neue Organisationsstrukturen.

Die BAGH koordiniert die Förderung eigener Projekte und der Vorhaben ihrer Mitgliedsverbände im Zusammenwirken mit dem Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, der Bundes- und Landesversicherungsanstalt für Angestellte und dem Auswärtigen Amt. Die Projektförderung betrifft Komplexe wie die soziale Rehabilitation, den Bundesjugendplan, die medizinische Rehabilitation, chronische Krankheiten, Projekte zur Erhaltung der Gesundheit u. a. m. Gleichzeitig setzt sich die BAGH dafür ein, daß die öffentlichen Stellen für die Aktivitäten der Behindertenverbände mehr Mittel zur Verfügung stellen.

Der Dachverband entwickelte eine nicht unbeträchtliche Öffentlichkeitsarbeit. Er gibt die Zeitschrift „Selbsthilfe" heraus, die zweimonatlich in einer Auflage von ca. 8000 Exemplaren erscheint. Hinzu kommen thematische Sonderhefte, z. B. „Behinderte im öffentlichen Personenverkehr", ein qualifizierter Literaturdienst mit einer Vielzahl von Einzelheften. Mit Plakatserien und dem Organisieren von Ausstellungen wird eine breite Öffentlichkeit erreicht.

Fortbildungsveranstaltungen zu rechtlichen Problemen, über die Entwicklung eines selbstbestimmten Lebens schwerbehinderter Menschen, über eine wirkungsvolle Öffentlichkeits- und Beraterarbeit dienen gleichfalls einer höheren Wirksamkeit. Zielgruppen dieser weiterbildenden und hilfreichen Maßnahmen sind Behinderte, Angehörigen durch und beantwortet Anfragen Behinderter und in der Behindertenarbeit tätiger Personen. Weitere Rechtsinformationen werden kontinuierlich in der Verbandszeitschrift veröffentlicht.

Herr, gib mir die
Gelassenheit, Dinge
hinzunehmen, die ich nicht
ändern kann;
gibt mir den Mut,
Dinge zu ändern,
die ich ändern kann;
und gib mir die Weisheit,
das eine vom anderen
zu unterscheiden.

(Friedrich Christoph Detinger)

Fahrbarer Mittagstisch für ältere und behinderte Bürger

Beginnend mit dem 2. Juli 1990 bietet die Volkssolidarität gemeinsam mit der Firma „Berlin-Menue" für kranke und behinderte Bürger erweiterte soziale und pflegerische Dienste an. Hierzu gehört das Angebot eines abwechslungsreichen Mittagessens in den Senioren-Freizeitstätten und ein „Essen auf Rädern" für kranke und gehbehinderte Bürger. Der Mindestunkostenbeitrag für das Essen beträgt 2 DM. Geplant ist, das Angebot neben der Normalkost auszuweiten und leichte Vollkost, Schonkost, Diätkost, Gemüsekost, Tiefkühlkost sowie Salatteller in das Programm aufzunehmen.

Franz Wirt

Adresse: Volkssolidarität, Kreisgeschäftsstelle Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee 272, Berlin 1130, Tel.: 52 51 327

Nicht bunt und schillernd – dafür mit AHA-Effekt

Vielleicht ist dem einen oder anderen unser Kalender „Anstöße" schon aus dem vergangenen Jahr ein Begriff. Wir haben uns sehr gefreut, daß die Auflage so schnell vergriffen war. Das ermutigte uns, trotz mancher Unsicherheiten in dieser Zeit, weiterzumachen. Mit dem Kalender „Anstöße 1991" wollen wir wiederum mit Fotos und Zeichnungen, kalligrafisch gestalteten Zitaten sowie Erlebnis- und Erfahrungsberichten streitbare Denkanstöße zur Problematik von Menschen mit verschiedenartigen Behinderungen geben. Während des Erarbeitens haben wir durch die unterschiedlichen Sichtweisen selbst neue Erfahrungen gewonnen, die wir weitergeben möchten. Aber in erster Linie wollen wir zu einem besseren Verständnis und Einfühlen zwischen Behinderten und Nichtbehinderten beitragen. So könnte dieser Kalender ein Geschenk an Freunde und Verwandte sein. Auch in Institutionen (nicht nur des Gesundheits- oder Sozialwesens) könnte er einen AHA-Effekt bewirken. Weil uns ein breites öffentliches Bewußtsein zur Problematik so wichtig ist, haben wir uns von kritischen Stimmen, die uns vor der Konkurrenz der schillernd-bunten Glanzkalender warnten, nicht irritieren lassen, haben die Auflage erhöht und sind sicher, daß der Inhalt wichtiger ist und in der Schlichtheit eine eigene Wirkung liegt. Unser Kalender wird etwa 10 DM kosten und kann ab sofort bei uns bestellt werden. Da wir mit nur wenigen Leuten alle Kalender selbst

---

Das vorletzte Wort:

Die Kunst des Alterns besteht vor allem in der Kunst des sinnvollen Weglassens und nicht im Weglassen des Sinnvollen!

verpacken und die Versandkosten berechnen müssen, wären wir für Sammelbestellungen dankbar.

Bestellungen sind zu richten an:
Heike Hauschild
Oswald-Schmidt-Str. 24
Ebersbach 8705
oder
Beatrix Panitz
Röntgenstr. 13
Ebersbach 8705

Berliner Aufzugsmodell erfolgreich getestet

Am 11. Mai 1990 stellte der Architekt Volker Doose seine Lösung für ein integratives Bedienungstableau in Aufzügen des öffentlichen und privaten Bereichs vor.

Eine Gruppe von Rollstuhlfahrern und Blinden konnte sich davon überzeugen, daß sowohl Blinde wie Rollstuhlfahrer, Kleinwüchsige und Menschen mit verschiedenen Einschränkungen ihrer Greiffähigkeit, die Bedienungselemente für den Aufzug betätigen könnne. Die Bedienungselemente sind als Tasten in ein Pult eingearbeitet, das waagerecht in Handlaufhöhe leicht in die Wand des Aufzugs eingelassen ist. Das Pult fällt schräg nach vorn ab und ist über seine vordere Kante hinaus nach unten abgewinkelt mit Neigung zur Wand. Dabei laufen die Tasten, die oben mit gut sicht- und tastbaren Symbolen versehen sind, in den unteren Teil des abgewinkelten Pults weiter – so ist der Zugriff auf die Bedienungselemente von oben wie von unten gleichermaßen möglich!

Die waagerechte Anordnung erlaubt, so viele Bedienungselemente unterzubringen, daß auch ein Hochhausaufzug damit ausgerüstet werden könnte. Die Testpersonen forderten Volker Doose auf, sein Modell jetzt auch in den Details weiter auszuführen. Sie sahen das Modell als ein gelungenes Ergebnis konsequenter Betroffenenbeteiligung an.

Jürgen Bünte
Berlin-Treptow

Kontakt

Unser im Juni geborenes Töchterchen kam mit nur einer Hand zur Welt. Wir möchten uns gern mit Eltern, die vor derselben Problematik standen, austauschen und eventuell Hinweise und Tips erfahren. Zuschriften bitte an die „STÜTZE", Kennwort „anstoß".

★

An unsere Leser!

Ein Teil der Auflage des Heftes Nr. 5/90 wurde bisher nicht ausgeliefert. Um unseren Stammkunden die Möglichkeit zu geben, auch dieses Heft noch zu lesen, wird es mit der Nr. 13/90 an Abonnenten mitgeliefert. Zusätzliche Kosten entstehen dem Leser dafür nicht.

Die Redaktion

Das letzte Wort

Lieber anecken, als aalglatt.

REHATEC - BERLIN

neu

Orthopädie-Technik Berlin GmbH (i.G.)

Für ein selbstbestimmtes Leben

- *Individuelle Beratung und Versorgung mit Rollstühlen und Rehabilitationstechnik im häuslichen und institutionellen Bereich*
- *Ständige Ausstellung von Rehabilitationstechnik*
- *Stationärer und mobiler Rollstuhlservice*
- *Behindertengerechte Ausstattung von Wohnungen und Einrichtungen*
- *Individuelle Versorgung mit Hörmitteln*
- *Computergestützte Information und Beratung*
- *Kommerzielle Vertretung in- und ausländischer Firmen*
- *Schulungen, Seminare, Kurse, Sonderausstellungen*

Unsere Erfahrungen verbunden mit neuen potenten Wirtschaftspartnern aus ganz Deutschland eröffnen uns dabei optimale Möglichkeiten.

Ständiges Beratungszentrum
Straße der Befreiung 60
1136 Berlin
Eingang:
Alfred-Kowalke-Str.
Geschäftszeiten:
Mo–Do 9.00–18.00 Uhr
Fr 9.00–14.00 Uhr
Telefon 51 64 33 75

Versorgungs- u. Service-Werkstatt
Ribnitzer Str. 1 a
1095 Berlin
Geschäftszeiten:
Mo–Di, Do–Fr 7.30–12.30 Uhr
Di 14.00–17.30 Uhr
Telefon 3 22 50 77
3 22 50 97

Hörgeräteakustik und Sehhilfen
Bersarinstr. 35
1034 Berlin
Geschäftszeiten:
Mo–Fr 7.30–12.30 Uhr
Do zusätzl. 14.00–17.30 Uhr
Telefon 4 36 21 04

REHATEC - BERLIN REHATEC - BERLIN

Info für Abonnenten

Jeder Abonnent der STÜTZE erhält eine persönliche Kundennummer. Beispiel: «0060328»

Bitte geben Sie bei Schriftwechsel immer Ihre persönliche Kundennummer an.

Vor der persönlichen Kundennummer ist das Jahr und der Monat vermerkt, bis zu dem bezahlt ist. Beispiel: 9012«0060328»

Dieses Datum wird ständig aktualisiert und dient auch für Sie zur Kontrolle, wenn Sie nicht an dem bequemeren Gebühreneinzugsverfahren teilnehmen möchten, sondern selbst bezahlen.

Hinter der Kundennummer finden Sie die zu liefernde Stückzahl. Beispiel: 9012«0060328»0001

Sie haben also ständig die Möglichkeit, die ordentliche und Ihrer Bestellung entsprechende Lieferung ebenso zu überprüfen, wie den Zeitpunkt, bis zu dem Sie Ihre Abonnementsgebühren bezahlen müssen, um weiterhin regelmäßig beliefert werden zu können. Als Inhaber von Jahresabonnements können Sie feststellen, wann ihr Konto belastet wurde oder wird. Bei Lastschriften finden Sie auf Ihrem Kontoauszug den Vermerk: **Kolog-Verlag**. Bitte denken Sie daran, daß zu dem Preis der Stütze Portokosten für Drucksachen zu entrichten sind, deren Höhe den Posttarifen entspricht (gegenwärtig DM 0,70).

Sammelbestellungen werden mit Portokosten nicht belastet. Bei Sammelbestellungen gewährt der Kolog-Verlag außerdem einen Rabatt von 10 Prozent.

Selbsteinzahlende Abonnenten werden gebeten, unter Angabe ihrer Kundennummer vor Beginn des Lieferzeitraumes auf das Konto des Kolog-Verlages bei der Sparkasse Berlin, Kontonummer **6682-39-140157** einzuzahlen.

Wenn Sie in Ihrem Bekanntenkreis Interessenten für die Stütze kennen, können Sie Werbeexemplare anfordern oder uns die Anschriften mitteilen, sodaß wir Werbeexemplare versenden können.

Unsere Anschrift:

Kolog-Verlag und Vertrieb
Dieter Knoblauch
Garzauer Straße 16
Berlin, 1141